



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom preußischen Landtag und vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die Regierung eines deutschen Reichslandes, die Abhängigkeit deutscher Klöster von einem fremden, österreichischen Abt, wie ihre jurisdictionelle Ausnahmestellung, endlich die Ausbildung sächsischer Geistlicher in einer vom Deutschenhaß erfüllten nichtdeutschen Stadt im Geiste des Ultramontanismus und Panславismus: das Alles widerspricht durchaus der Würde wie dem Interesse des deutschen Reiches und Sachsens. Die jüngsten Vorgänge bei den oberlausitzer Reichstagswahlen mahnen zur Vorsicht, nicht umsonst klagen oberlausitzer Blätter über das Umsichgreifen des Ultramontanismus und die systematische Verhöhnung der oberlausitzer Katholiken. Und selbst die Successionsansprüche Oesterreichs sind nicht zu vergessen, weiß man doch, wie nahe bis vor Kurzem das sächsische Königshaus am Aussterben war. Jetzt steht das deutsche Reich in voller Macht, in Wien ist eine Politik am Ruder, welche dem Ultramontanismus scharf entgentritt und die Freundschaft unseres Reiches braucht; möge man jetzt, das wünschen wir mit Pfeiffer, in Dresden daran denken, diesen unhaltbaren Zuständen, diesen Resten einer überwundenen Zeit, in friedlichen Verhandlungen ein Ende zu machen!

Rufatus.

Vom preussischen Landtag und vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 15. Februar.

Am 9. Februar stand im Abgeordnetenhaus zur dritten Berathung ein Gesetzentwurf, betreffend die Bethheiligung des Staats an dem Unternehmen einer berliner Stadtbahn. Es handelt sich um eine direkte Verbindung der in Berlin mündenden großen Bahnen des Ostens und Westens der Monarchie. Die Bahn soll vom Ostbahnhof ausgehen und Berlin in gerader Linie bis Charlottenburg durchschneiden. Außer der direkten Verbindung der großen Eisenbahnlinien verspricht man sich auch große Vortheile für den berliner Localverkehr. Das Unternehmen sollte früher von einer Privatgesellschaft in die Hand genommen werden, deren Finanzmittel jedoch der Aufgabe sich nicht mehr gewachsen zeigten, als die Reaktion gegen das Gründungsfeber eintrat und mit ihr die Schwierigkeit der unbegrenzten Geldbeschaffung. Unsere Berichterstattung hat dieses Gesetzentwurfs in den früheren Stadien der Berathung nicht erwähnt, weil er im Grunde weder ein politisches noch überhaupt allgemeines Interesse hat. Die Errichtung einer Stadteisenbahn in

Berlin mag ein solches Interesse haben, aber die Ausbringung der Geldmittel dazu hat es an sich nicht. Bei der dritten Berathung wurde nun die Regierung durch den Abgeordneten Virchow wegen ihrer Betheiligung lebhaft angegriffen. Er bestritt den allgemeinen Nutzen und die gewinnbringende Ertragsfähigkeit des Unternehmens und behauptete, es handele sich um die Abwendung des Bankerotts einer Privatgesellschaft. Bei so schweren Verschuldigungen, deren bona fides nicht im geringsten anzuzweifeln ist, muß aber dem großen deutschen Publikum gegenüber die bona fides der Regierung ins Licht gestellt werden, wenn nicht ganz falsche Urtheile über den preussischen Staat in Umlauf kommen sollen. Nur aus diesem Grunde glauben wir der Sache hier Erwähnung thun zu müssen. Die direkte Verbindung der großen Staatsbahnen, welche durch die Ausdehnung Berlins getrennt sind, ist an sich ein gebietarisches Interesse. Ob es für diesen Zweck besser war, die Verbindungslinie mitten durch Berlin zu legen, oder halbkreisförmig um Berlin, oder in einem Bogen u. s. w.: das sind Fragen, über die man bis zum jüngsten Tag hin und her reden kann. Denn jede Art der Anlage wird in Beziehung auf den Localverkehr ihre Vorzüge und ihre Mängel haben. Da aber für eine bestimmte Art der Anlage beträchtliche Kapitalien bereits aufgewendet waren, so ist in der That nicht einzusehen, warum die Regierung sich scheuen sollte, von dieser Vorbereitung Nutzen zu ziehen und ihrerseits in das stockende Unternehmen einzutreten. Nur wenn man die völlige Verfehltheit der vorbereiteten Anlage nachweisen könnte, wäre es gerechtfertigt, das angefangene Unternehmen zu Grunde gehen zu lassen. Eine neue Anlage anfangen, deren Vorzüge nicht unbestreitbar sind, wäre aber doppelte Verschwendung gewesen durch die Zerstörung eines eingeleiteten Unternehmens und durch den Aufwand der Anfänge eines ganz neuen Unternehmens, den man sich ersparen konnte. Darin hat freilich der Abgeordnete Virchow Recht, daß der Nutzen des Unternehmens für die Localverhältnisse Berlins mindestens dem Grade nach problematisch bleibt. Der Wohnungsnoth wird durch diese Stadtbahn keine Abhülfe gebracht werden. Es ist aber überhaupt eine Illusion, daß der Wohnungsnoth durch Stadtbahnen, von welcher Anlage immer, gesteuert werden könne. Sowie die Verhältnisse jetzt liegen, tragen die Eisenbahnen die Vertheuerung des Grund und Bodens mit sich. Das einzige Mittel, die Wohnungsnoth zu beseitigen, liegt in dem Plane des Oberbürgermeisters Sobrecht, welchen Plan Herr Virchow in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu Fall bringen half: nämlich in der Verpachtung des Baurerrains, dessen Grundherren Staat und Gemeinde bleiben. Dies allein beseitigt den Speculationspreis der Grundstücke und damit die übermäßige Höhe der Wohnungsmiethen. Das Mittel aber, den Privathäuserpreis durch die Speculation zur schwindelhaften Höhe hinaufstreben zu lassen,

liegt in der Erhebung des Grundes und der Gebäude zum einzigen Steuerobjekt der Gemeinden, nämlich der Orts-, Kreis- und Provinzialgemeinden, welches dieselben mit Niemand zu theilen haben.

Nachdem am 10. und 11. Februar noch einige technische Gegenstände erledigt worden, erhielt der Präsident die Ermächtigung des Abgeordnetenhauses, die nächste Sitzung selbstständig anzuberaumen, was voraussichtlich nicht eher geschehen wird, als bis das Herrenhaus die Vorlage über die Civilehe berathen hat.

Der deutsche Reichstag hat am 2. Februar sein Präsidium in Person der Herrn von Forckenbeck, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, und Dr. Hänel gewählt. Demnach stellen die Nationalliberalen den Präsidenten, die reichsfreundlichen Partikularisten, wenn dieser Ausdruck statthaft ist, den ersten Vicepräsidenten. Die letztgenannte Fraktion hat nicht den mindesten Anspruch auf eine Stelle im Präsidium, weder durch ihre Zahl noch durch die Stellung, die sie zum Reiche einnimmt. Dagegen muß die Persönlichkeit, welche Seitens der Fortschrittspartei zum Präsidium gestellt worden, als eine sehr geeignete anerkannt werden. (Und gewiß auch die Persönlichkeit Hohenlohe's. D. Red.)

Die dritte Sitzung des Reichstags am 10. Februar betraf nur technische Gegenstände.

Die vierte Sitzung am 12. Februar brachte den perpetuirlichen Antrag Schulze auf Diäten. Ueber den Gegenstand selbst haben wir nur zu wiederholen, daß die Diäten die Menge der schlechten Wahlbewerber vermehren und damit die Aussichten guter Wahlen vermindern, daß die Diäten mit andern Worten die Zusammensetzung der Parlamente verschlechtern. Ganz irrig ist aber die Auslegung des Diätenverbots, als sollten damit gewisse Parteien ausgeschlossen werden. Nicht die Parteien will man ausschließen, was unweise wäre und was man auf diesen Wege nicht erreichen kann. Aber mittelst der Diäten kommen die schlechteren, mittelst der Diätenlosigkeit die besseren Elemente der Parteien in die Vertretung. Denn die besseren sind die Aufopferungswilligen, die schlechteren die Vortheil und Annehmlichkeit Suchenden.

Der Abgeordnete von Unruh erwähnte, daß im constituirenden Reichstag des norddeutschen Bundes das Zugeständniß der Diätenlosigkeit durch den Reichstag die Bedingung gewesen sei für das Zugeständniß des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, geheimen Wahlrechts durch die Regierung. Dieses in den bündigsten Erklärungen vom Ministertisch aus constatirte Sachverhältniß suchten einzelne Redner zu verdrehen, indem sie aus der Erinnerung an denselben eine geheime Abmachung beweisen wollten. Der Abgeordnete Herr von Saucken wiederholte den oft gehörten, aber sinnlosen Tadel der Reichsverfassung, daß sie lediglich auf den Fürsten Bismarck berechnet sei. Dagegen erhob sich der treffliche Lasker mit dem Pathos, das ihm nicht immer gut

steht, um zu behaupten, daß die Reichsverfassung auch ohne den jetzigen Kanzler fortbestehen werde. Wie konnte der anwesende Fürst Bismarck anders, als seine Zustimmung ausdrücken, daß auf einen Kanzler mehr oder weniger nichts ankommen könne? Es giebt Fälle in denen die Aufrichtigkeit sich durchaus dem Anstand unterordnen muß, und in einen solchen Fall hatte Lascker den Fürsten Bismarck gebracht. Wir ändern aber sind nicht gehindert, aufrichtig zu sein, und nirgends ist die Aufrichtigkeit besser angebracht, als in diesem Falle. Die Lücke, welche Deutschlands Reich und Nation eines Tages durch das Fehlen des Fürsten Bismarck empfinden werden, ist unermeslich und unberechenbar in ihren Folgen. Aber der Vorwurf, daß die Reichsverfassung auf den Kanzler zugeschnitten sei, ist über alle Maßen albern. Für jetzt kann allerdings Niemand sagen, welches in Zukunft der entscheidende Faktor der Reichsverfassung sein wird, ob das Kaiserthum, das im Bundesrath collegialisch zusammengefaßte Reichsfürstenthum, oder endlich der Reichstag. Denn dies hängt davon ab, wo andauernd der richtigste Wille und die zuverlässigste Kraft zum Vorschein kommt. Jetzt handhabt das Genie des Fürsten Bismarck diese 3 Faktoren, je nachdem sie sich am wirksamsten zeigen. Was verlangt man nun von dem Fürsten? Er soll seine Persönlichkeit zur Ruhe setzen, dafür aber mit einem Zauberschlag die künftig entscheidende Macht der Reichsverfassung hervorrufen, die sich doch nur durch einen langen, arbeitsvollen, wechsel- und gefahrenreichen Prozeß der Geschichte bilden kann. So wundersüchtig, so abergläubisch sind Demokraten! Die gefährliche Arbeit wird und muß eines Tages beginnen. Aber jemehr, wenn dieser Tag kommt, die deutsche Nation fortgeschritten ist, unter der Führung eines bevorzugten Rüstzeuges der Geschichte, in großen Arbeiten der inneren und der äußeren Politik, um so besser für uns Alle, denn um so leichter wird es sein, daß die um das Uebergewicht streitenden Elemente den richtigen Weg, den Weg der wahren Volkswohlfaht im höchsten Sinne einschlagen, um zum Uebergewicht zu gelangen. Das begreift der Patriotismus, aber niemals die Demokratie.

C — r.

Pariser Briefe.

Paris, 14. Februar 1874.

So leben wir denn wirklich in der Periode der Consolidation des Septenniums! Zwar will es noch Niemandem recht glaublich erscheinen; aber da